

Andreas Rieger

Alle Veränderung fängt Zuhause an



Alle Veränderung fängt Zuhause an

„Die Veränderung unserer Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit lässt sich nicht technokratisch verordnen, sie setzt ganz zentral einen kulturellen Wandel voraus. Die Frage, wie wir leben wollen, was wir behalten wollen, welches Wachstum wir wollen und welches lieber nicht, sind entscheidende kulturelle Fragen.“
Katrin Göring-Eckardt, 24.10.2012

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

wir wollen eine bessere Gesellschaft – eine nachhaltigere, eine gerechtere, eine demokratischere und eine Gesellschaft mit sinnvollem Wohlstand für alle Menschen. Dafür brauchen wir einen echten Bewusstseinswandel. Unser Zuhause ist der Raum für diesen Wandel, dort beginnt jede Veränderung. Das Zuhause ist tragender Pfeiler der Architektur unserer Gesellschaft: Wer kein Zuhause hat, ist ausgestoßen. Behausung ist existenzielle Grundlage für ein Leben in unserer Gesellschaft. Die Qualität der Behausung zeigt die Qualität einer Gesellschaft. Dies ist mein Thema mit all seinen Facetten:

Gleichwürdigkeit ermöglichen

Allen Menschen gleichwürdige Lebensbedingungen zu ermöglichen, ist Ziel einer verantwortungsvollen Gesellschaft. Gleichwürdigkeit bedeutet hier, daß die Unterschiede in der Gesellschaft nicht dazu führen, die persönliche Würde und Integrität eines Menschen zu beeinträchtigen. Solidarische Daseinsvorsorge schafft in unserer arbeitsteiligen ökonomisierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft diese Gleichwürdigkeit. Sie ist auch Funktionsfaktor der modernen Gesellschaft mit hohen Anforderungen an die soziale wie auch technisch-fachliche Kompetenz jedes einzelnen Menschen. Denn Gerechtigkeit ist produktiver. Unser Wohlstand und unsere Freiheit sind Verantwortung den Weg zu einer echten Gleichwürdigkeit in der ganzen Gesellschaft zu gehen. Für uns Bündnisgrüne heisst das: Angemessene Grundsicherung, gerechte Bürgerversicherung, sichere Altersvorsorge sowie kompetente kulturelle Bildung und technische Ausbildung, die es allen ermöglicht, das eigene Leben selbst zu gestalten und für unsere Gesellschaft einen solidarischen Beitrag zu leisten. Dazu gehören auch gesunde und nachhaltige Arbeits- und Wohnverhältnisse. Das Bau-, Planungs- sowie Miet- und Immobilienrecht dahingehend zu novellieren und die Förderung zu überarbeiten ist in 4 Jahren nicht zu machen. Aber anfangen müssen wir, wollen wir unsere Ziele ernsthaft vertreten, dafür stehe ich!

Qualität der Baukultur ist die Qualität der Gesellschaft

Als Architekt liegen mir die ganzheitliche Qualität beim Umgang mit unserer Kulturlandschaft und mit unseren Städten und Dörfern sowie unsere alten und neuen Gebäude besonders am Herzen. Diesen Qualitätsanspruch habe ich in meinem Beruf, diesen will ich auch in der Politik umsetzen. Der Begriff Baukultur beschreibt die Qualität unseres Umgangs mit der gebauten Umwelt. Die Schönheit der Gebäude prägt die Identität unserer Städte und Dörfer, die Kulturlandschaft ist unsere Heimat.

Gebäude und Infrastruktur sind die grössten Rohstoff- und Flächenverbraucher in Deutschland. Der Gebäudebestand stellt das grösste Anlagevermögen in Deutschland dar. Investitionen werden mit vielen Jahren Vorlauf und mit jahrzehntelangen Festlegungen getroffen. Frühzeitiges und vorausschauendes Planen ist erforderlich. Zur Versorgung des Bestandes mit erneuerbaren Energien müssen alle Einsparpotenziale unserer Gebäude umgehend genutzt werden. Die hierzu erforderlichen Baumaßnahmen haben wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte, die zur Zielerreichung beachtet werden müssen. Die Bauwirtschaft, insbesondere in Brandenburg, ist kleinteilig strukturiert und bedeutender Wirtschaftsfaktor, gerade im ländlichen Raum. Berlin ist Brandenburgs grösster Markt für Bauleistungen, die energetische Gebäudemodernisierung eine grosse wirtschaftliche Chance für Brandenburg.

Metropolen, Speckgürtel und ländliche Räume brauchen Planung mit echter Beteiligung und Teilhabe, der Infrastruktur- und Gebäudebereich eine konsistente Strategie, die uns lebenswerte Städte und Gemeinden sichert. Wir brauchen eine umsetzbare Ordnungs-, Förder- und Fiskalpolitik auf allen Ebenen für eine effiziente Einsparung und Nutzung von Flächen, Energie und Rohstoffen mit angemessenen sozialen, wirtschaftlichen und baukulturellen Zielen. Bauen und Planen ist Bundes- und Ländersache, eine enge Koordination unter Einbeziehung der Kommunen unabdingbar. Bei diesen so wichtigen und zugleich komplexen Themen will ich einige zentrale Projekte (Seite 5) voranbringen: Novellierung des BauGB, Harmonisierung der LBOen und ein bundeseinheitliches Klimaschutzgesetz.



© Simone Ahrend, sah-photo

Andreas Rieger

Lübben im Januar 2013

Zum Kanal am roten Nil 16
15907 Lübben (Spreewald)

T: 03546 226680

F: 03546 226928

M: 0172 3402617

arieger@gmx.de
www.andreasriegerarchitekt.de

Eine andere Politik ist möglich

„Es ist unbequem, nicht allen alles zu versprechen, sondern ehrliche politische Prioritäten gerade vor dem Hintergrund einer Finanzkrise zu definieren. Aber es ist notwendig. Eine andere Politik ist nicht nur möglich. Sie ist machbar.“
Jürgen Trittin, 10.08.2012

Die Zeit ist reif für mehr Demokratie

In einer echten Demokratie werden Themen weder per Dekret gesetzt, noch Probleme per Kabinettsbeschluss gelöst, sondern in einem Kommunikationsprozess aus der Gesellschaft entwickelt und wieder in sie hineingetragen. Den grössten politischen Beteiligungsprozess haben wir mit über 60.000 Mitgliedern umgesetzt: Die Urwahl unserer Spitzenkandidaten. Mit unseren LAGen, BAGen und unserer Antragskultur bei Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen auf allen Ebenen können wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Recht behaupten, eine echte Basisdemokratie zu leben. Dies in die ganze Gesellschaft hineinzutragen und alle Menschen zu befähigen sich an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen, das kann im Spektrum der politischen Parteien derzeit nur uns gelingen. Die Zeit ist reif für mehr Demokratie, für eine grundgesetzliche Regelung zu Volksabstimmungen in Deutschland und für eine direkte Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk.

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt

Angela Merkel und ihr Kanzlerinwahlverein sind offenbar der Meinung, nur sie allein könnten Realpolitik für Deutschland und Europa machen. Das sollten wir ihnen nicht durchgehen lassen! Lasst uns unsere Vorstellungen für eine bessere Zukunft mit einer realistischen Politik in Übereinstimmung bringen. Lasst uns „Für einen neuen Realismus in der Ökologiepolitik“ (gruenlink.de/eqk) eintreten und ganz real in der Breite umsetzen. Wer anders als wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, soll dies in der Politik angehen? Wir stellen die ökologischen Potenziale unseres Planeten in den Mittelpunkt aller Ökonomie, wir haben schon immer echte Generationengerechtigkeit gefordert.

Eine Partei für die ganze Gesellschaft

Dieser strukturelle Umbau einer Wirtschaft und Gesellschaft erfordert nicht nur seriöse Konzepte und die nötige Konfliktbereitschaft gegenüber den Bremsern und Nutznießern des Status Quo, sondern er bedarf auch der Kompromissfähigkeit mit den Mitstreiterinnen und Mitstreitern. Vor allem braucht er eine Änderung des Verständnisses unserer Welt. Diesen Bewusstseinswandel zu mehr Verantwortung für die Welt können wir nicht alleine erreichen, dazu brauchen wir die ganze Gesellschaft. Und daher wollen wir sein: Eine Partei, die für die ganze Gesellschaft Partei ergreift, nicht nur für einzelne Interessensgruppen. Wir geben der Bürgerbewegung Organisation. Wir haben eine breite inhaltliche und personelle Vielfalt mit und ohne Parteibuch. Wir haben thematische Substanz und breite gesellschaftliche Mehrheiten in vielen Kompetenzfeldern.

Gute Politik muss der Wahrheit Raum geben

Ich will nicht mehr nur Sehnsucht nach Gestaltung haben, ich möchte die Freiheit zur Gestaltung unseres Lebens nutzen. Ich will nicht denjenigen, die nur Ellenbogen haben und schon immer die Macht ausübten, das Feld überlassen. Ich will „Ja“ sagen zur Möglichkeit des Mitgestaltens, ich will „Ja“ sagen zur Verantwortung eines Volksvertreters. Das heisst nicht Stammtischparolen zu folgen oder das Fähnchen der Beliebigkeit in den Wind zu halten. Für mich heisst das, für eine Sache eintreten und die ganze Welt von der guten Sache zu überzeugen versuchen. Der Mut zu konkreten Aussagen ist verbunden mit dem Risiko Fehler zu machen. Menschen zu überzeugen bedeutet aber auch, zuzuhören und das bessere Argument, die bessere Sache, die richtige Entscheidung anzunehmen. Gute Politik muss der Wahrheit den Raum geben, den sie braucht, auch bei uns selbst.

Wir Bündnisgrüne haben jahrzehntelang wichtige Ziele formuliert. Jetzt geht es mir darum eine notwendige andere Politik in den nächsten Jahren praktisch umzusetzen. Dieser Aufgabe will ich mich mit ganzer Kraft und Hingabe widmen und meine Erfahrung und Kompetenz einbringen, um für uns Bündnisgrüne so wichtigen Themen zu einem echten Erfolg zu führen. Ich tue dies in der Überzeugung, dass unsere Politik in diesem Land etwas bewegen kann, manches verändern, einiges schöner, vor allem aber vieles besser machen kann. Lasst uns eine bessere Politik jetzt umsetzen!

Wir sind die Architekten der Energiewende

Darauf können wir stolz sein!

62% sind der Ansicht, dass eine Politik, die stärker auf Klimabelange achtet, der deutschen Wirtschaft deutliche Vorteile bringt. Lediglich 14% erwarten Nachteile. 92% halten es für wichtig, daß die nächste Bundesregierung im Hinblick auf zukünftige Krisen, die Wirtschaft bei Investitionen in diesem Bereich unterstützt (gruenlink.de/eqt). Diese Umfrageergebnisse sind das gesellschaftliche Ergebnis unserer Kompetenz und das Ergebnis unserer überzeugenden Politik! Darauf können wir stolz sein. Das ist aber auch Verantwortung und Verpflichtung für einen wirklichen Erfolg der Energiewende!

Anspruch und Ziel der Energiewende

Dazu brauchen wir viele Instrumente für alle Bereiche: Der Strombereich mit Erzeugung, Verteilung und Speicherung, der Verkehrs- und Industriebereich sowie der Gebäudebereich müssen mit ihren spezifischen Anforderungen in einer Gesamtstrategie gedacht werden, wollen wir Erfolg haben. Für Strom haben wir tragfähige Konzepte, die wir in den nächsten Jahren umsetzen wollen: Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, Schaffung von Kapazitätsmärkten und Speichern sowie ein vertraglicher Produktions- und Netzausbau werden die Stromversorgung mit erneuerbaren Energien sichern. Bei Verkehr und Produktion steht die Industrie in der Pflicht Innovationen endlich umzusetzen. Produktzyklen von 5 bis 20 Jahren werden dies bei entsprechenden Rahmenbedingungen ermöglichen. Entsprechende Prioritäten im Bundesverkehrswegeplan 2015 sind zu setzen. Der Gebäudebereich hat für die Zielerreichung – klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050 – drei entscheidende Bedingungen:

1. **Der Gebäudesektor ist kleinteilig, in fast jeder Hinsicht heterogen und hat ein grosses Volumen.** Daraus folgt eine Trägheit der Innovationszyklen, die zu sehr langfristigen Denken und Handeln zwingt. Nutzungszeiten von Wohngebäuden liegen bei 100 Jahren, Gewerbebauten haben Abschreibungszeiten von 30 Jahren. Haustechnik wird mindestens 20 Jahre genutzt.
2. **Der derzeitige Gebäudebestand ist mit erneuerbaren Energien alleine nicht nachhaltig zu versorgen.** Dazu müssen die enormen Einsparpotenziale zur Zielerreichung schon heute genutzt werden.
3. **Behausung hat immer wesentliche soziale und kulturelle Aspekte.** Ohne deren Berücksichtigung ist Akzeptanz für weitreichende Maßnahmen in diesem Bereich nicht zu erwarten. Behausung und der Umgang damit geht weit über technische und wirtschaftliche Fragen hinaus. Das Zuhause ist existenziell, unsere Beziehung dazu oft irrational und von kulturellen Prägungen bestimmt.

Zukunft hat Herkunft

Wenn es also um die elementaren Bedingungen unseres Lebens geht, geht es unbewusster, emotionaler und archaischer zu: Vor über 25.000 Jahren wanderten wir Menschen in Mitteleuropa ein. Ohne Feuer und ohne Hausbau wäre das nicht möglich gewesen. Feuer, Hausbau und Landwirtschaft waren die erfolgreichen Techniken um uns gegen Höhlenbewohner, Sammler und Jäger, die Neanderthaler durchzusetzen. Daher wurde die Errichtung von Behausungen auch stets künstlerisch überhöht, um die besondere Bedeutung des Bauens für uns Menschen zum Ausdruck zu bringen: Baukultur ist konstitutiv für unsere Gesellschaft. Heute ist das Feuer in unseren Motoren, Häusern und Kraftwerken zu einer Gefahr für die Menschheit geworden. Zersiedelung und ausufernde Infrastruktur gefährden mit ihrem Flächenfraß unsere Kulturlandschaft, unseren Lebensraum.

Genügsamkeit und Reduktion, Energieeffizienz und Energiesparen, sinnvoller Ressourceneinsatz und echte erneuerbare Energien aus Luft, Wasser, Licht und Erde sind nicht nur überlebensnotwendig sondern Erfolgsfaktor für unseren Wohlstand: Optimale Sparsamkeit, höchste Wirkungsgrade und umweltgerechte Herstellung sind entscheidende Produktionsmittel für eine krisensichere Wirtschaft. Die vollständige Umstellung unserer Volkswirtschaften wird eine Menge Geld kosten, damit sehr viel Leistungskraft der Gesellschaft in Anspruch nehmen. In Europa haben wir seit Jahren nur geringe Wachstumsraten und das Geschäftsmodell für Schrumpfungsprozesse ist Insolvenz und Rückbau. Daher ist die Umstellung der ressourcenverbrauchenden Ökonomien auf geschlossene Wirtschaftskreisläufe nicht nur eine Frage der Sicherung eines bewohnbaren Planeten, sondern die Chance auf sinnvolle Arbeit und angemessenen Wohlstand in Europa. Die Fragen der Ressourceneffizienz und des Klimaschutzes werden dabei im Gebäudebereich entschieden, das meint das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Dahinter sollten wir nicht zurückfallen!

Zahlen und Fakten

Das Bauwesen in Deutschland verbraucht rund 50% aller Rohstoffe und produziert rund 60% aller Abfälle. 36% der Primärenergie, überwiegend Kohle, Erdöl und Erdgas, werden für den Betrieb von Gebäuden benötigt (gruenlink.de/eqv). Das Bauwesen ist eine tragende Säule der Wirtschaftskraft Deutschlands: Die Bauwirtschaft trägt in der Wertschöpfung mit 11% zur Gesamtproduktion bei und beschäftigt 12% der sozialversicherungspflichtigen ArbeitnehmerInnen, vom Anlagevermögen sind 87% Immobilien, mit den Grundstücken beträgt das Immobilienvermögen 9.500 Mrd.€, die Hälfte davon ist privates Vermögen. 2011 betrug das Bauvolumen in Deutschland 254,3 Mrd.€ (BMVBS). Für die energetische Modernisierung aller Gebäude im Sinne eines klimaneutralen Gebäudebestandes werden bis 2050 rund 1.600 Mrd.€ erforderlich sein (Prof. Werner Sobek). Daraus ergeben sich energetisch bedingte Mehrkosten von knapp 30 Mrd.€ pro Jahr (gruenlink.de/eqw), das ist eine verträgliche Steigerung des Bauvolumens. Aus diesen Massnahmen resultieren Energieeinsparungen von über 20 Mrd.€ und effektive Steuermehreinnahmen von mindestens 7 Mrd.€ pro Jahr. Diese stehen für die Initiierung des Modernisierungsprozesses zur Verfügung. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat für den Fördermitteleinsatz einen Förderhebel von 1 zu 9 ermittelt, die Bundesregierung spricht sogar von 1 zu 12 (gruenlink.de/ers_17/11200). Daher sollte einer Erhöhung der KfW-Mittel für Gebäudemodernisierung und Quartierssanierung auf mindestens 5 Mrd.€ zur Erreichung der Klimaziele nichts im Wege stehen. Die Wirtschaftlichkeit von Modernisierungen erhöhen wir deutlich, wenn die Finanzierungsdauer auch von Fördermitteln den Abschreibungszeiten entspricht, also für Maßnahmen der Haustechnik mindestens 20 und für bauliche Modernisierungen mindestens 30 Jahre.

Verantwortung, Akzeptanz und Umsetzung

Die umfassende Instandsetzung und Modernisierung unserer Häuser wird Finanzierungskosten und Kaltmieten steigen lassen, dies wird für viele Menschen nicht leistbar sein. Was wir heute an Investitionen im Gebäudebestand sparen, werden vor allem die Schwachen unserer Gesellschaft mit enormen Ausgaben für Energie bezahlen müssen. Ein sozialer Ausgleich ist daher unabdingbarer Bestandteil der Energiewende im Gebäudebereich. Hierfür stehen die rund 2 Mrd.€ Steuermehreinnahmen und erhebliche Teile des Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd.€ zur Verfügung (gruenlink.de/eq). Das Geld, das wir jetzt in lebenswerte und ressourceneffiziente Städte und Dörfer stecken, werden wir nicht für den Import von Kohle aus Virginia, Öl aus dem Niger-Delta oder Gas aus Russland ausgeben müssen! Wir müssen die energetische Gebäudemodernisierung jetzt voranbringen und helfen, daß sie leistbar und finanzierbar wird und nicht wegen geringer Einkommen ausfällt!

Die Umsetzung der energetischen Gebäudemodernisierung beginnt bei der Beratung der NutzerInnen und Nutzer, bei der Ausbildung der PlanerInnen und Planer und bei der Fort- und Weiterbildung der Handwerksbetriebe: Das Nutzungsverhalten ist für eine effektive Einsparung und effizienten Betrieb entscheidend, ohne kompetente HandwerkerInnen und Handwerker geht der Pfusch am Bau weiter und ohne qualifizierte, wirklich unabhängige Planung und Bewertung sind sinnvolle Instandsetzungen und Modernisierungen kaum realisierbar. Daher brauchen wir als erstes eine breite und fachlich fundierte Bildungsoffensive für den Bau- und Haustechnikbereich. Diese Bildungsoffensive betrifft aber nicht nur die technischen und wirtschaftlichen Erfordernisse der Bauwerke, sondern wird die sozialen und kulturellen Aspekte unserer gebauten Umwelt gleichwertig behandeln müssen, will die energetische Gebäudemodernisierung eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erreichen.

Lasst uns die Chance nutzen!

Die energetische Gebäudemodernisierung wird nach dem Wiederaufbau der 1950er und 60er Jahre sowie der Stadterneuerung der 1980 und 90er Jahre das tragende Infrastrukturprojekt bis Mitte des 21. Jahrhunderts für lebenswerte, schöne und bezahlbare Städte und Dörfer sein. Die Gebäudemodernisierung sichert mit ökologischen und nachhaltigen Baustoffen regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland. Und zwar vom Hilfsarbeiter am Bau bis hin zur Bauingenieurin und zum Architekten. Das Bauhandwerk erbringt zwei Drittel seiner Bauleistungen durch Menschen in der Region und schafft dadurch lokale und regionale Arbeitsplätze wie kein anderer Wirtschaftszweig. Das ist für Brandenburg mit einem riesigen Markt für energetische Gebäudemodernisierungen in seiner Mitte und für ganz Deutschland eine wirklich grosse wirtschaftliche, soziale und kulturelle Chance. Lasst uns diese Chance jetzt nutzen!

Lebenswerte Städte und Dörfer

Energieeinsparung im Gebäudesektor ist für die Umstellung auf erneuerbare Energien das entscheidende Thema. Für die Stadt- und Regionalplanung, für Architektinnen und Architekten, für Ingenieurinnen und Ingenieure sowie für die Immobilienwirtschaft ist es nur eines vieler Themen. Stadt- und Regionalplanung hat jedoch die Instrumente zur Minderung der Flächeninanspruchnahme und für die sinnvolle Nutzungsverdichtung in Städten und Dörfern. Der Flächenfraß ist eines der gravierendsten ungelösten Umweltprobleme in Europa. Planung trägt hier entscheidend dazu bei den Arten- und Naturschutz, den Bodenschutz sowie die Ziele des europäischen Naturverbundsystems zu sichern. Verantwortungsvolle Planung ist zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Ökonomie. Hier treffen sich der Infrastruktur- und der Gebäudebereich. Wir brauchen eine Erneuerung verschiedener Regelungen:

1. **Novellierung des Baugesetzbuches (BauGB) und der Baunutzungsverordnung (BauNVO)** als Instrument der Kommunen zur Bewältigung der Energiewende und des demographischen Wandels. Die Privilegierung gehört grundsätzlich überprüft und energetische Mängel als städtebaulicher Missstand definiert, für Neubaugebiete sind fiskalische Analysen mit einem qualitativen Flächenkataster umzusetzen, Kosten für verwahrloste Immobilien muss der Eigentümer tragen. Der Nutzungskatalog der BauNVO gehört aufgeräumt: Weg von der Funktionstrennung der Moderne, hin zur Leipzig Charta für nachhaltige Europäische Städte und lebenswerte Dörfer (gruenlink.de/era).
2. **Harmonisierung der Landesbauordnungen (LBO)** wie der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) mit der Musterbauordnung (MBO). Zur Reduktion des Rohstoffverbrauchs und zum vermehrten Einsatz ökologischer Baustoffe sind die von der Beton- und Ziegelindustrie geprägten Brandschutzvorschriften sowie die von der Baustoffindustrie formulierten DIN-Normen zu den Standsicherheitsnachweisen und die Zulassungs- und Prüfbestimmungen für Baustoffe zu überprüfen. (Ländersache)
3. **Schaffung eines bundeseinheitlichen Klimaschutzgesetzes** als Zusammenfassung der nicht weiter verschärfbaren Regelungen des Energieeinspargesetzes (EnEG) mit Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG). Die derzeitigen Regelungen werden regelmässig nicht eingehalten, Massnahmen im Bestand kaum erfasst. Hier sind praktikable und umsetzbare Regelungs- und Überwachungsmechanismen zu erarbeiten. Das Stufenmodell des NABU kann ein tragfähigen Ansatz sein (gruenlink.de/ert).
4. **Reform des Grundsteuergesetzes (GrStG) und angemessene Steuerzuweisungen für Kommunen** für einen finanziellen Anreiz zur sparsamen Flächeninanspruchnahme (www.grundsteuerreform.net) und zur personellen und finanziellen Befähigung der Kommunen sowohl ihre Pflichtaufgaben als auch die freiwilligen Aufgaben angemessen erbringen zu können. (gruenlink.de/eri) und
5. **Reform des Miet- und Immobilienrecht** zur Minimierung leistungsloser Gewinne (Spekulation), Begrenzung der sozialen Entmischung (Gentrifizierung) und der Mietsteigerung sowie zur Absenkung der Hürden für die energetische Modernisierung und den altersgerechten Umbau. Eine einfachere Quartierssanierung soll ermöglicht, Betriebskosten sollen effektiver abgerechnet und Maklerprovisionen grundsätzlich von Auftraggeber gezahlt werden.

Brandenburg

Wirtschaftlich und sozial, gesellschaftlich und kulturräumlich identifizieren wir stets zwei Siedlungsräume in Brandenburg. Für eine ernsthafte bündnisgrüne Politik in Brandenburg sind beide Bereiche zusammenzuführen und Forderungen für positive Entwicklungen in allen Räumen aufzustellen:

1. **Ein wirtschaftlich prosperierender Speckgürtel** mit wachsender Bevölkerung, mit Themen und Entwicklungen der wachsenden Metropole Berlin. Wesentlich für diesen Raum sind aber auch Zersiedelung und ungesteuerte Flächeninanspruchnahme mit all den bekannten Auswirkungen.
2. **Die ländlichen Räume mit schrumpfender Bevölkerung** und all ihren Folgeerscheinungen. Eine strukturelle Entwicklung des ländlichen Raumes findet so gut wie nicht statt. Die Fördermittel des europäischen Strukturfonds, verwaltet vom Land Brandenburg, gehen in die Agrarförderung. Der ländliche Raum als Lebensraum für Mensch, Tier und Pflanze wurde aufgegeben. Als strukturschwache Region diffamiert, wird er zum Produktions- und Ausbeutungsstandort für Nahrung, Futter und Energie. Und in einigen ausgewählten Regionen für den Tourismus aufgehübscht.

Strategie für den ländlichen Raum und den Speckgürtel

Ursache für die Nichtbewältigung der Probleme in beiden Räumen ist die fehlende Planungskompetenz und der mangelnde Planungswillen. Die schwache Finanzausstattung der Kommunen tut ihr übriges. Das Scheitern der Planungen für Windeignungsgebiete vor dem Oberverwaltungsgericht und der peinliche Hauptstadtflughafen sind Beispiele einer langen Liste. Diese Planungslosigkeit schadet der Natur und Umwelt, beeinträchtigt die Lebensqualität und ist ein Risiko für unsere öffentlichen Haushalte: Die Folgekosten der Braunkohleförderung sind unabsehbar, die Kosten für Bau und Betrieb des Flughafens völlig unklar. Die geplante Fusion von BTU Cottbus und Hochschule Lausitz, sinnloser Strassenneubau, der Umgang mit unseren Alleen oder der phantasielose Hochwasserschutz zeigen, wie gedankenlos die herrschende Politik agiert. Das erste erfolgreiche Volksbegehren in Brandenburg macht aber deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht mehr gewillt, dies weiter hinzunehmen!

Wir brauchen für die Infrastruktur- und Regionalplanung eine Strategie, die uns lebenswerte Städte und Gemeinden sichert. Wir brauchen eine umsetzbare Ordnungs-, Förder- und Fiskalpolitik auf allen Ebenen, mit angemessenen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Zielen, für eine effiziente Einsparung und Nutzung von Flächen, Energie und Rohstoffen.

Ökosoziale Marktwirtschaft

Wir setzen auf den „Green New Deal“ als Leitbild für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes und der Städte (gruenlink.de/erg): Ökologische Landwirtschaft und regionale Ökonomien mit einer verantwortungsvollen Nutzung unserer natürlichen Ressourcen gehören ebenso dazu, wie kulturelle Bildung für alle Generationen und die Gestaltung eines sozialen Miteinander. Die Schaffung einer neuen ökologischen und sozialen Wirtschaft beginnt in den ländlichen Regionen: Energieautarke Dörfer wie Feldheim, schöne Städte wie Perleberg mit einer aktiven Bürgerschaft oder besonders engagierte Orte wie Münchehofe und Pretschen sind Vorreiter einer ökosozialen Marktwirtschaft.

Diese dezentralen Strukturen gilt es zu bewahren, zu ermöglichen und wenn nötig auch zu fördern. Der ländliche Raum braucht keine Alimentierung, sondern Entwicklungschancen durch Bildung und Beratung, durch Innovation und Kooperation und durch eine angemessene öffentliche Infrastruktur.

Die Menschen auf dem Lande sind noch nicht überzeugt, dass wir die Lösungskompetenz auch für ihre Themen haben, weil sie der Politik insgesamt keine Problemlösungskompetenz mehr zutrauen. Hier sehe ich eine grosse Chance für uns und ein wichtiges politisches Handlungsfeld: Politik für die Menschen im ländlichen Raum heute und für die, die künftig hier leben wollen. (gruenlink.de/erf)

Integrierte ländliche Entwicklung und integrierte Stadtentwicklung

Integrierte Entwicklung bedarf umfassender sinnvoller Planung und einer Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse von Politik und Verwaltung. Das heisst:

1. ***Gut geführte Beteiligungsverfahren mit tatsächlichen Einflussmöglichkeiten***, mit nachvollziehbaren und gut dargestellten Begründungen fachlicher Vorschläge und Entscheidungen. Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten stärken die Demokratie und mindern den Einfluss rechtsextremer Gruppen.
2. ***Angemessene Wirtschaftliche Teilhabe der Städte und Dörfer an den Standortgewinnen***. Die Ressourcen einer Kommune sind mehr als die Summe der Eigentümer einzelner, sondern das Kapital der ganzen Gemeinde. Dafür trägt sie Verantwortung und daraus soll sie Gemeinschaftsaufgaben für die ganze Gemeinde erbringen können.
3. a) ***Innen- vor Außenentwicklung*** zur Minderung der Flächeninanspruchnahme und zur Stärkung der innerörtlichen Planung
b) ***Dezentrale Eigenversorgung*** und ***Soziale lokale Ökonomien*** in lebendigen Dörfern als Schutz vor Abhängigkeit und Versorgungsmentalität (Lebensmittel, Energie)
c) ***Kultur und kulturelle Bildung***, Jugendarbeit und Sport sind mehr als freiwillige Leistungen, denn dies ist für die soziale Lebensfähigkeit der Dörfer existenziell
d) ***Umsetzung des Konnexitätsprinzips*** zur Schaffung leistungsfähiger Kommunen (Art.104a GG, „wer bestellt, bezahlt“)

Der Begriff Baukultur beschreibt die Qualität des Umgangs der Gesellschaft mit der Herstellung, Erhaltung und Veränderung von gebauter Umwelt sowie ihrer Planungsvorbereitung und Nutzung. Somit betrifft Baukultur das Planen, Bauen, Umbauen sowie Instandhalten und Modernisieren. Baukultur umfasst immer die Gesamtheit aller die Qualität des Planens und Bauens beeinflussenden kulturellen, ökonomischen, technischen, sozialen und ökologischen Aspekte. Baukultur beschränkt sich nicht auf die Baukunst, sondern umfasst alle Elemente der gebauten Umwelt, Ingenieur- und Wirtschaftsbauten, Stadt- und Regionalplanung, Landschafts- und Innenarchitektur, Denkmalschutz sowie die Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum gleichermaßen. Baukultur beinhaltet auch den Umsetzungs- und Nutzungsprozess. Zu diesem gehören alle Beteiligten und Betroffenen, wie Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, EigentümerInnen, BereitstellerInnen von Infrastruktur und Energie, sowie die MieterInnen und NutzerInnen. Baukultur ist für die Identität mit der Geschichte und Tradition eines Landes oder einer Region von wesentlicher Bedeutung. Baukultur ist nicht allein Sache professioneller Planer, sondern aller Menschen. Die Qualität der gebauten Umwelt ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.“
AK Gebäudeenergie (gruenlink.de/erx)

Schönheit und Sehnsucht nach Veränderung

In jedem Menschen steckt eine tiefe Sehnsucht nach dem Schönen, sie ist eine der kräftigsten Triebfedern menschlichen Handelns. Alles Große wird daraus geboren. Schönheit ist ein starkes Argument in jeder Debatte über unsere gebaute Umwelt. Architektur bildet das materielle Rückgrat unserer Städte und Dörfer und ist entscheidender Identifikationsfaktor. Unsere Welt souverän zu gestalten sind wir nach dem Ende der Moderne nicht mehr in der Lage, denn sie „hat uns mit idealistischen Zumutungen überlastet“ (Norbert Bolz). Wir klammern uns an die Abbilder der Vergangenheit oder die zerstörten Utopien der Moderne (gruenlink.de/erw). Was bedeutet es eigentlich, wenn ein Parlament in ein wiedererrichtetes Schloss eines Königs einzieht? Wenn beim Thema Wohnen nurmehr über Gentrifizierung geredet wird? Aus Angst ertappt zu werden beim lustvollen Spielen, reduzieren wir das Bauen auf das Errichten von Funktionshüllen, die Einhaltung von Terminplänen, Kostenvorgaben, Gebäudekennwerten und Sicherheitsnachweisen. Welche Sprache spricht, welche Aussage hat eine solche Baukultur? Wie gelingt es uns, unsere Sehnsucht nach Schönheit wieder in die politische Debatte zu bringen? Wie können wir wieder streiten über die Gestaltung unserer Welt?

Heimat ist echte Zukunft

Modernisierung ohne Heimat, Bauen ohne Schönheit ist wie Politik ohne Überzeugung. Der Erfolg der Moderne in der technischen Ausführung ist zum Alptraum für die Gestaltung unserer Städte und Dörfer geworden. Die Gesellschaft muss die eigene Schaffenskraft wieder erlangen, wollen wir echte Ziele erreichen. Wir brauchen wieder Zuversicht in das eigene Tun. Wir wollen das echte Alte bewahren und echtes Neues schaffen, nicht in Nostalgie als Kompensation für ungewollte Erneuerung und Globalisierung verharren. Nostalgie bietet keine echte Befriedigung. Heimat ist echt!

Heute mag es wichtig sein, wie toll das neue Auto oder Smartphone designed, nicht wie der Grundriss gestaltet ist. Es ist aber aus ökonomischen wie sozialen Gründen geboten, daß Menschen sich zusammenfinden. Sei es zur Arbeit oder Kindererziehung, aus Liebe oder zum gemeinsamen Kochen. Dabei hängt das Wohlbefinden der Bewohner auch von der Qualität der Struktur der Stadt und der räumlichen Hülle des Bauwerks, also deren Beschaffenheit und Wirkung ab. Und dies ist nicht nur ein zentrales architektonisches, sondern ein bedeutendes gesellschaftliches Thema: „Nur wenn wir das Wohnen vermögen, können wir bauen.“ (Martin Heidegger, gruenlink.de/ery) Wie gelingt es uns diese Vermögen zu erlangen? Die tradierte Erfahrung ist mit der Moderne abgerissen. Wir können es erlernen in einem kulturellen Bildungsprozess. Dies in die Politik hineinzutragen sehe ich als Aufgabe.

Zukunft der Baupolitik

Für gleichwürdige Lebensverhältnisse, für eine echte nachhaltige Ressourcennutzung und für die Sicherung sinnvollen Wohlstandes brauchen wir mehr kulturelle Bildung und mehr Demokratie. Wir brauchen eine umfassende energetische Modernisierung sowie eine integrierte Stadt- und Dorfentwicklung. Ohne anspruchsvolle Bau- und Planungspolitik, ohne gute Baukultur werden wir diese Aufgaben nicht bewältigen. Über Jahrtausende gewachsene und durch die Moderne erzeugte Strukturen unserer Gesellschaft und Kulturlandschaft bilden die Grundlage für unser heutiges planerisches Handeln für die Zukunft. Erfolgreich kann dies nur sein, wenn es uns gelingt wissenschaftliche Erkenntnisse, technische wie künstlerische Fähigkeiten und die menschlichen Qualitäten in einem narrativen Bogen in Einklang zu bringen!

Liebe Freundinnen und Freunde,

2013 möchte ich mit Eurer Unterstützung einen wirklich gehaltvollen Wahlkampf führen. Im Wahlkreis 62, der den Kreis Dahme-Spreewald, Lübbenau und Teile von Teltow-Fläming einschliesst, bin ich unser Direktkandidat. Hier wird es ganz zentral um den peinlichen Hauptstadtflughafen und die Verantwortung unserer Landesregierung gehen, aber auch um die Abkoppelung der ländlichen Räume von gleichwürdigen Lebensverhältnissen. Tina Fischer, Brandenburgs Bevollmächtigte beim Bund, ist von der SPD als Nachfolgerin von Peter Danckert aufgestellt worden und sieht sich als Favoritin. Mit dem Erfolg des Volksbegehrens und unserem Engagement für den ländlichen Raum können wir unsere Bürgernähe und unsere Kompetenz in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen. Die Voraussetzungen für unser Ziel – zwei Brandenburger Bundestagsabgeordnete – sind gut, gewonnen wird der Wahlkampf aber erst von uns allen! Ich freue mich auf diesen Wahlkampf.

Mit Feuer in meinem Herz

Mein Lebensweg führte mich von meiner Geburtsstadt München an die Wiener Kunstakademie, dann in die Dresdner Neustadt und 2000 in den Spreewald. In Wien fand ich meine architektonische Ausbildung, während ich an der TU München das notwendige Diplom machte. Schon im Sommer 1990 zog ich nach Dresden. Der Osten Deutschlands, den ich in den 80ern als fremdes Land besuchte, war das spannendste Fleckchen Erde! Am 4. Oktober 1990 meldete ich bei verdutzten Beamten meinen Wohnsitz an. In den 90er Jahren setzten meine erste Frau, ebenfalls Architekt, und ich zahlreiche denkmalgeschützte Häuser instand und modernisierten sie. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter der TU Dresden war die Denkmalpflege meine zweite architektonische Ausbildung. Nach dem Auslaufen der Städtebauförderung für Gebäudemodernisierungen und Scheidung führte ich das Architekturbüro mit Aufträgen am Dresdner Zwinger alleine weiter. Mit dem Kennenlernen meiner heutigen Frau, Ärztin an der damaligen Landesklinik, zog ich nach Lübben in den Spreewald.

Sehr ärgerliche Erfahrungen mit der Verwaltung bei Planung und Bürgerbeteiligung veranlassten mich politisch aktiv zu werden. Bei der Kommunalwahl 2008 errang ich, damals einziges Bündnisgrünes Mitglied in Lübben, 357 Stimmen. Es reichte aber nicht für das Stadtparlament. Die offene Debatte in unserer Partei motivierten mich in LAGen und BAGen aktiv zu werden. Das Thema energieeffizientes Bauen, für mich als Architekt schon immer selbstverständlich, wollte ich besser aufstellen. Die BAGen Planen Bauen Wohnen und Energie gründeten auf Initiative von Siegfried Leittretter und mir den AK Gebäudeenergie, der neben Beiträgen zum Wahlprogramm Leitlinien einer „Ordnungs- und Förderpolitik für eine effiziente Einsparung und Nutzung von Energie in Gebäuden unter Berücksichtigung angemessener sozialer, wirtschaftlicher und baukultureller Ziele“ erarbeitet. Mein regionales Engagement zielt auf die Entwicklung des ländlichen Raumes. Hierzu haben die Kreisverbände Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Dahme-Spreewald zwei Regionalkonferenzen durchgeführt. Und hier schliesst sich der Kreis: Denn eine bessere Stadt- und Regionalplanung führt auch zu mehr Ressourceneffizienz. Um diese Themen adäquat voranbringen zu können, bewerbe ich mich auf den offenen Brandenburger Listenplatz 2 zur Wahl des 18. Deutschen Bundestages. Denn dort werden die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende und für lebenswerte Städte und Dörfer entschieden. Dort will ich mit Hingabe und mit Feuer im Herzen für unsere Sache eintreten!

Als selbstständiger Freiberufler kann ich mir meine Zeit frei einteilen und ich habe eine Kooperation mit einem befreundeten Berliner Büro, um im Wahlkampf besser disponieren zu können. Für die Unterstützung meines Wahlkampfes habe ich schon mehrere konkrete Zusagen. In den Mittelpunkt einer brandenburgischen Bundestagswahlkampfstrategie sollten wir einen wichtigen Punkt stellen:

Die Gleichwürdigkeit der Lebensverhältnisse mit angemessener sozialer und technischer Infrastruktur für den ländlichen Raum und den Speckgürtel.

Auf Eure Rückfragen und Anregungen wie auch auf Eure Kritik bin ich echt gespannt. Und ich freue mich natürlich sehr, wenn Ihr mich unterstützt!

Sonnige Grüsse aus dem Spreewald

Euer Andreas

- 18. Februar 1963 geboren in München, Mitglied der evangelisch-lutherischen Kirche
- 1969 bis 1982 Grundschule und Humanistisches Gymnasium, München, Abitur
- 1982 bis 1983 Physikstudium, Technische Universität München
- 1984 bis 1991 Architekturstudium, Technische Universität München
- 1986 bis 1989 Architekturstudium, Akademie der bildenden Künste, Wien bei Prof. Gustav Pechl
- 1990 Hauptwohnsitz in Dresden
- Seit 1991 Mitglied der Academia Scientiarum et Artium Europaea, Salzburg
- 1991 Diplomarbeit bei Prof. Friedrich Kurrent, Technische Universität München
- 1991 bis 1993 Angestellt Architekturbüro Prof. Langner v. Hatzfeld, Dresden und im Hochbauamt der Stadt Meissen
- 1993 bis 2001 Gemeinsames Architekturbüro mit Anke Vogt
- 1995 Heirat mit Anke Vogt, Geburt der Tochter Sophie
- 1995 bis 2005 Mitglied der Architektenkammer Sachsen
- 1995 bis 2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Technische Universität Dresden, Professur für Denkmalpflege und Entwerfen, Prof. Thomas Will Ehrenamtlicher Denkmalpfleger der Landeshauptstadt Dresden
- 1996 bis 1999 Gemeinsames Architekturbüro mit Anke Vogt und Knut Börner
- 1997 Geburt der Tochter Emilia
- 1998 Architektur-Kunst Preis des Neuen Sächsischen Kunstvereins mit Anke Vogt
- 2000 bis 2008 Beiratsmitglied der Stiftung Äussere Neustadt Dresden
- 2001 Trennung und Scheidung von Anke Vogt
- Seit 2001 Mitglied im Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V.
- 2001 bis 2005 Lehraufträge Bauaufnahme, Technische Universität Dresden
- 2001, 2002 und 2004 Lehraufträge Bauaufnahme und Entwurf, Westsächsischen Hochschule Zwickau
- Seit 2005 Hauptwohnsitz in Lübben (Spreewald)
- Mitglied der Brandenburgischen Architektenkammer Architekturbüro in Dresden und Lübben (Spreewald)
- Seit 2005 Gründungsmitglied des bauforum dresden e.V
- Bauberater von wohnen im eigentum. die wohneigentümer e.V.
- 2006 Heirat mit Regine Neuber
- 2006 bis 2007 Betreuung des Ergänzungsstudiums Denkmalpflege der Denkmal Akademie, Technische Universität Dresden, in Görlitz und Dresden
- Seit 2008 Vorsitzender des Fort- und Weiterbildungsausschusses der Brandenburgischen Architektenkammer
- Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen**
- Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Dahme-Spreewald**
- 2009 **Direktkandidat des Wahlkreises 28 und Platz 16 der Landesliste zur Wahl des 5. Brandenburgischen Landtages**
- 2009 bis 2012 **Delegierter der LAG Energie Brandenburg-Berlin zur BAG** (Wahl Januar 2013)
- Seit 2010 **Delegierter der LAG Wirtschaft und der LAG Kultur zu den BAGen**
- Kooptiertes Mitglied der BAG Planen Bauen Wohnen**
- Koordinator des Arbeitskreises Gebäudeenergie der BAG Planen Bauen Wohnen und der BAG Energie**
- Seit 2012 Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg
- Immobiliengutachter der TÜV SÜD ImmoWert GmbH
- Vizepräsident der Brandenburgischen Architektenkammer
- Mitglied des Bundes Deutscher Architekten (BDA), Brandenburg
- Direktkandidat des Wahlkreises 62 zur Wahl des 18. Deutschen Bundestages**

